



Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Wolf

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: karin.wolf1@stadt-koeln.de

Datum: 13.12.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 30.11.2021, 14:05 Uhr bis 15:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal. INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! In den Gremiensitzungen sind medizinische oder FFP2-Masken zu tragen.

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf

SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Lorenz, Lukas

SPD-Fraktion (in Vertretung für Frau Frerich)

Dr. Schlieben, Nils Helge

CDU-Fraktion

Kessing, Ulrike

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Rudolph, Floris

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Wahlen, Lars

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Schalla, Chantal

FDP-Fraktion

Gümüs, Attila

Fraktion Die Linke. (in Vertretung für Herrn Clemens)

Braun, Andrej

Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V.

Kaven, Dominik

BDKJ Erzdiözese Köln e.V.

Krücker, Peter

Caritasverband Köln e.V.

Kurbjeweit, Frieder

SJD - Die Falken Kreisverband Köln

Volland-Dörmann, Ulrike

AWO Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schöppen, Catherine

FDP-Fraktion

Schönhals, Martina

Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Körffgen, Julia

Evangelische Jugend in Köln

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Reuther, Bernd

Polizeipräsidium Köln, KK 57

Trippe, Ralf

Polizeipräsidium Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Quilling, Marie-Luise

SPD-Fraktion

Gérard-Post, Gabriele

SPD-Fraktion

Böll, Mechthild
Ozminski, Martin
Radke, Johannes

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
FDP-Fraktion
FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bläser, Sonja
Boye-Toledo, Erich
Buff, Thorsten

HennaMond e.V.
Kinder- und Jugendzentrum DachloW
Kölner Jugendring e.V. (in Vertretung für Frau Schnabel)

Decker, Thorsten
Horstkotte-Löffelholz, Christoph
Hüttler, Lars
Janas, Michael
Mahr, Frauke
Peters, Markus
Piger, Jürgen
Schmerbach, Cornelia

Solibund e.V.
Kölner Spielewerkstatt e.V.
Kinderschutzbund Köln e.V.
Pavillon e.V.
LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
SKM e.V. Köln
anyway e.V.
Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.

Verwaltung

Beigeordneter Voigtsberger, Robert
Schäfer-Sikora, Renate

Dezernent
stellvertretende Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Entschuldigt fehlten

Abbruscato, Antonietta
Ackermann, Kathrin
Bergmann, Ulrich
Clemens, Frank
Frerich, Iris
Friedrich, Roman
Grunert, Uwe
Dr. Hambüchen, Thomas
Holtz, Vera
Kura, Jürgen
Marquardt, Jörg
Passavanti, Juliane

entsandt vom Integrationsrat
Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Fraktion Die Linke.
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Drogenhilfe Köln gGmbH
Agentur für Arbeit
Väter in Köln e.V.
Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik)
Agentur für Arbeit
Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Kölner Jugendring e.V.
Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
KIDSmiling e.V.
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugendladen
Nippes Museum
Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.

Richter, Lydia

Salz, Simone
Saxler, Hans-Josef
Schnabel, Nadia
Sin, Mira
Van Lengerich, Ulrike
Dr. von Möller, Sandra
Wöhler, Carmen
Dr. Zschke, Wolfgang

Zernikow, Inga

Herr Bürgermeister Dr. Heinen eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die anwesenden Teilnehmer sowie die Zuschauer.

Er weist darauf hin, dass die Regelungen zur Corona-Pandemie weiterhin gelten und bittet in diesem Zusammenhang darum, sich bei Redebeiträgen möglichst kurz zu fassen. Aus diesem Grunde sei auch die geplante Präsentation der kulturpädagogischen Fachreinrichtungen wieder von der Tagesordnung genommen worden.

Herr Horstkotte bedauert die Verschiebung der Präsentation, äußert aber auch volles Verständnis für diese Entscheidung vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemiesituation. Er freut sich darauf, in der nächsten Sitzung präsentieren zu können.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet alle Anwesenden, sich zu erheben und nimmt die **Verpflichtung** mit folgendem Wortlaut vor:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Verpflichtet wurde: Trippe, Ralf

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist auf die ausliegenden **Broschüren** des Kölner Jugendrings zur U18-Wahl hin.

Er benennt die ausliegenden **Tischvorlagen:**

- TOP 5.2.1 (AN/2589/2021)
- TOP 6.2.1 (AN/2553/2021)
- TOP 7.1.2 (4134/2021)
- TOP 7.1.3 (0191/2021)
- TOP 8.2.1 (3550/2021)

Die Tischvorlagen liegen dieser Niederschrift als **Anlagen 1 - 5** bei.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet - im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung - noch die nachfolgenden Punkte auf die **Tagesordnung** aufzunehmen:

Öffentlicher Teil:

öffentlicher Teil:

- TOP 2.3.1 (3770/2021)
- TOP 3.2 (3944/2021)
- TOP 4.2 (3979/2021)
- TOP 5.2.1 (AN/2589/2021)
- TOP 6.2.1 (AN/2553/2021)
- TOP 7.1.1 (4017/2020)
- TOP 7.1.2 (4134/2021)
- TOP 7.1.3 (0191/2021)
- TOP 8.2.1 (3550/2021)
- TOP 8.3.1 (3793/2021)

Nicht-öffentlicher Teil:

- **TOP 11.1 (3660/2021)**

Er weist auf den kurzfristig eingereichten Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 5.2.1 hin und lässt sowohl über die Dringlichkeit wie auch über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.
Eine entsprechend aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt.
Es ergibt sich die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.3 Präsentationen
- 1.4 Status zur Pandemie-Situation

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch ./.

2.2 Verteilung von Haushaltmitteln und Zuschüssen

- 2.2.1 Antrag auf institutionelle Förderung der Familienbildungsstätte „FiB e.V.“
4112/2021

2.3 Weitere Beschlüsse

- 2.3.1 Anwendung des § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz für das Kitajahr 2022/23
3770/2021

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

- 3.1 Weiterplanungsbeschluss auf Basis des Vorentwurfs Parkstadt Süd Eifelwall
0713/2021
- 3.2 Neugestaltung Basketballplatz Willi-Suth-Allee Nord in Chorweiler
3944/2021
- 3.3 Freigabe- und Baubeschluss für die Neugestaltung der Freianlagen im Innenstadtbereich Porz-Mitte
3464/2021

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss
3808/2021

4.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss
3979/2021

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

./.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Kita Betrieb sicherstellen, Personal schützen.
AN/2589/2021

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

./.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Testkapazitäten in Familienzentren ermöglichen, Boostern vorantreiben, Kinder, Jugendliche, Eltern und Personal schützen
AN/2553/2021

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm/ Herbstferien-Schwimmkurse
4017/2021

7.1.2 Sachstand Förderprogramm "Aufholen nach Corona"
4134/2021

7.1.3 Sicherheit für die Übermittagsbetreuung (ÜMB) im Sek I–Bereich im Haushaltsjahr 2021
0191/2021

7.2 Neue Anfragen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

./.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

- 8.2.1 Kurzer Sachstandsbericht zur Maßnahmenumsetzung der aktuellen Spielplatzbedarfsplanung und Ausblick auf die Fortschreibung in 2022
3550/2021

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

- 8.3.1 Jahresbericht 2020 – Kölner Haus des Jugendrechts
3973/2021

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

./.

8.5 Weitere Mitteilungen

- 8.5.1 Interkulturelle Zentren Köln - Übersichtskarte Stand: 1.09.2021
3381/2021
- 8.5.2 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum
3853/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

- 9.1 **Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

./.

- 9.2 **Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen**

./.

- 9.3 **Beschlussempfehlungen an den Rat**

./.

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

10.1 Frühere Anfragen

./.

10.2 Neue Anfragen

11 Nichtöffentliche Mitteilungen

11.1 Anhandgabe Grundstück Eschenbachstr. 60 in Köln-Bilderstöckchen
3660/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden benannt: Frau Kessing, Frau Schalla und Herr Dr. Schlieben.

1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.3 Präsentationen

Die geplante Präsentation der kulturpädagogischen Facheinrichtungen wurde aus Pandemiegründen auf eine der nachfolgenden Sitzungen verschoben.

1.4 Status zur Pandemie-Situation

Frau Schäfer-Sikora berichtet zum aktuellen Stand der Corona-Situation, dass wie überall, auch die Infektionszahlen in den Kitas gestiegen seien. Ende letzter Woche seien gemäß Statistik des Gesundheitsamtes 83 Mitarbeitende in Kitas Corona-positiv gewesen. Diese verteilen sich auf 40 Kitas, was einer Quote von 6 Prozent der Einrichtungen entspreche. Mit Einrichtungen seien 220 städtische Kitas und 480 Trägergeführte Kitas gemeint. 182 Kita-Kinder waren mit Stand per 25.11.2021 infiziert. Sie verteilen sich auf 70 Kitas. Das entspreche 10 Prozent der Einrichtungen. 48 Beschäftigte und 93 Kinder haben sich im infektiösen Zeitraum in einer Kita befunden.

Sie stellt klar, dass es das oberste Ziel sei, den Kitabetrieb so sicher wie möglich zu gestalten und alle Bildungseinrichtungen - wie auch die Schulen - geöffnet zu halten. Die Lolli-Testungen werden von über 90 Prozent der Kinder gut angenommen. Wann immer Eltern sich skeptisch zeigen, leisten die Erzieher*innen Aufklärungsarbeit und versuchen, sie für die Teilnahme zu gewinnen.

Sie bedauert, dass das Land bisher keine Fortsetzung der Kostenübernahme ab 2022 definiert habe, und erklärt, dass notfalls kommunal finanziert werden müsse. Diesbezüglich befinde man sich aktuell in der Klärung.

Auch in den Kitas müssen die Beschäftigten seit dem 24. November einen tagesaktuellen 3G-Nachweis vorlegen, um Zutritt zur Einrichtung zu erhalten. Die Stadt Köln positioniere sich auch weiterhin – mit Blick auf die vielfältigen anderweitigen Maßnahmen – gegen eine Testpflicht für Kinder. Gerade im Umgang mit kleinen Kindern handele es sich um kein praxistaugliches Modell. Dies gehe einher mit der aktuellen Rechtsauffassung des Rechtsamtes sowie der Coronabetreuungs-Verordnung.

Sie beschreibt, dass Angebote an Booster-Impfungen für städtisches Personal derzeit ebenfalls im Krisenstab thematisiert werden. Dabei sollen Kita-Personal, Mitarbeitende von Kids und anderen stationären Jugendhilfe-Einrichtungen sowie die im Kinderschutz tätigen Fachkräfte in den Bezirksjugendämtern priorisiert werden. Es gelte diejenigen, die an vorderster Front in direktem Kontakt zu Menschen stehen, zu schützen, damit alle Angebote aufrechterhalten werden können.

Die Kapazitäten zur Durchführung der Booster-Impfungen in Köln werden derzeit in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und dem Gesundheitsamt ausgeweitet. Die kassenärztliche Vereinigung (KV) sei als Schnittstelle zu den niedergelassenen Ärzten mit involviert. Es gebe ganz aktuell eine konkrete Maßnahme mit der Feuerwehr. Dabei sei geplant, das Personal von städtischen Kitas und freien Trägern in 2 leerstehenden Kitas im Rechtsrheinischen zu impfen. Eine Ausweitung auf andere Stadtteile sei angedacht.

Sie ergänzt, dass das Jugendamt aktuell dabei sei, Fachkräfte aus den pädagogischen Bereichen, sowohl intern als auch auf Seiten der Jugendhilfe-Träger, die in der ambulanten Beratungs- und Betreuungsarbeit mit Familien stehen, hinsichtlich der Fragen besorgter Eltern zur Impfung ihrer Kinder in Bezug auf die körperliche Entwicklung zu schulen. Das Jugendamt habe sich den Video-Schulungen des Amtes 16 angeschlossen, welche eigentlich für die Ausbildung von Multiplikator*Innen, die mit Migrationsfamilien arbeiten, gedacht sind. Das passe auch gut für die Jugendhilfe.

Frau Kessing bedankt sich für den Bericht und lobt, dass die Stadt auf die Dynamik des Infektionsgeschehens reagiere. Sie begrüßt die Kooperation mit der Feuerwehr.

Sie fragt, ob Frau Schäfer-Sikora noch Optimierungspotential sehe, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der KV.

Frau Schäfer-Sikora verweist auf Ihre Teilnahme an den regelmäßigen Impfkonzferenzen, an der auch der Vorsitzende der KV teilnehme und erläutert, dass die Kapazitäten bei den Hausärzten derzeit begrenzt seien, sowohl in personeller Hinsicht wie auch hinsichtlich des Impfstoffes. Sie sagt zu, dass mobile Impfangebote in den Stadtteilen ausgeweitet werden sollen und verweist auf die Angebote in der Lanxess-Arena. Sie sehe die Stadt Köln auf einem guten Weg.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achstes Buch

Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achstes Buch wurden nicht beschlossen.

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

2.2.1 Antrag auf institutionelle Förderung der Familienbildungsstätte „FiB e.V.“ 4112/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt dem Träger FiB e.V. für 2022 eine Förderung in Höhe von 22.000,00 Euro zu bewilligen.

Das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport - wird - vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2022 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets im Teilplan 0606, Teilplanzeile 15 -Zuschuss Familienbildungsstätten-, die erforderlichen Mittel in Höhe von 22.000,00 Euro im Haushaltsjahr 2022 bereit stellen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

2.3 Weitere Beschlüsse

2.3.1 Anwendung des § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz für das Kitajahr 2022/23 3770/2021

Beschluss:

Im Rahmen des neuen KiBiz, gültig seit 01.08.2020, gilt gemäß § 55 Absatz 2 Satz 2 die Zweckbindung für Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, als erfüllt, wenn im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entschieden wird, dass sie vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt werden.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Stadt Köln diese Regelung wie in den Kitajahren 2020/21 und 2021/22 auch für das Kindergartenjahr 2022/23 in ihrem Jugendamtsbezirk grundsätzlich anwendet.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Weiterplanungsbeschluss auf Basis des Vorentwurfs Parkstadt Süd Eifelwall 0713/2021

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erkundigt sich, ob bei der Neuplanung auch an die Installation von Sozialraumimmobilien sowie an öffentliche Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche gedacht worden sei.

Herr Rudolph fragt, ob Kinder und Jugendliche bei dem Entwurf des Spielplatzes beteiligt worden seien.

Frau Schäfer-Sikora begrüßt die Anregungen und erklärt, die Beantwortung nachzuliefern.

Herr Gümüs regt an, im Rahmen der Neugestaltung den Straßennamen der Hans-Carl-Nipperdey-Straße zu ändern, da dieser an das Nazi-Regime erinnere.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schlägt vor, der zuständigen Bezirksvertretung Lindenthal einen Auszug aus dieser Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün nimmt die vorgelegte Vorentwurfsplanung auf Basis der Grundlagenermittlung und Abstimmung mit den betroffenen Fachämtern für den Teilbereich Eifelwall der Parkstadt Süd zwischen Hans-Carl-Nipperdey-Straße, Eifelwall, Rudolf-Amelunxen-Str. und Luxemburger Str. zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Entwurfsplanung.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 54.000 Euro als Honorarkosten für Planungsleistungen im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6700-1301-0-1001 Inn. Grüngürtel / Eifelwall Parkstadt Süd FW, Hpl. 2020/2021, Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Neugestaltung Basketballplatz Willi-Suth-Allee Nord in Chorweiler 3944/2021

Herr Wahlen fragt, welcher Zeitraum für die Bautätigkeit vorgesehen sei, und wie lange der Platz voraussichtlich nicht nutzbar sein werde.

Herr Gümüs erklärt, dass dieser Platz wichtig sei. Er weist jedoch darauf hin, dass es sich um einen Kunststoffplatz handle und hinterfragt die Umweltfreundlichkeit des Belags im Hinblick auf möglichen Abrieb. Des Weiteren zeigt er auf, dass auch dieser Platz einmal in ferner Zukunft entsorgt werden müsse und erkundigt sich nach den eventuellen negativen Auswirkungen für das Klima.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass derzeit noch keine Aussage zu der Fertigstellung des Projektes getroffen werden könne, sowie dass möglichst schnell mit dem Beteiligungs- und Planungsprozess begonnen werden solle.

Er erläutert, dass es sich um eine bereits bestehende, versiegelte Fläche handle, welche gemäß aktuellen Ansprüchen im Hinblick auf Gelenkschonung und Umweltverträglichkeit modernisiert werden solle. Vor diesem Hintergrund könne davon ausgegangen werden, dass es keine negativen Auswirkungen auf das Klima geben werde.

Er bietet an, dies bei künftigen Vorlagen näher zu beleuchten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beauftragt die Verwaltung, die Neugestaltung des Basketballplatzes „Willi-Suth-Allee Nord (Liller Straße) in Köln-Chorweiler mit Gesamtkosten in Höhe von 240.000 Euro durchzuführen.

Weiterhin beschließt die Bezirksvertretung Chorweiler die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 240.000 Euro im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen) unter der Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDkJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Freigabe- und Baubeschluss für die Neugestaltung der Freianlagen im Innenstadtbereich Porz-Mitte 3464/2021

Herr Rudolph möchte wissen, in welcher Form die Beteiligung des Dezernates IV sowie die der Kinder und Jugendlichen an der Auswahl der einzelnen Spielgeräte stattgefunden habe. Er befürchtet, dass diese nicht stattgefunden haben könne.

Herr Beigeordneter Voigtsberger sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Porz
 - nimmt die erfolgte Vorplanung zur Neugestaltung des Freiraums Porz-Mitte zur Kenntnis
 - stimmt der Neugestaltung der Freianlagen im Innenstadtbereich Porz-Mitte zu und beschließt die Ausführungsplanung auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung von dem Planungsbüro club L94 Landschaftsarchitekten (Anlage 2,3) vorzunehmen und die Maßnahmen baulich umzusetzen. Die Gesamtkosten betragen circa 3,2 Millionen Euro brutto. Für die Flächen des Bebauungsaktes ist die Finanzierung durch moderne Stadt sicher gestellt. Der Eigenanteil an der Gesamtmaßnahme beträgt für die Stadt Köln insgesamt 1.609.643 Euro brutto
 - spricht sich im Zusammenhang mit der Neugestaltung für die Installation von neuen Spielelementen aus
 - bittet die Verwaltung, das Fontänen Feld in die Brunnenliste der Stadt Köln aufzunehmen
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 91.348 Euro im Teilfinanzplan 0901, Stadtplanung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6100-0901-0-5000, Umgestaltung Porz Mitte, im Haushalt 2020/2021 für das Haushaltsjahr 2021.
3. Der Finanzausschuss beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung 7 (Porz).

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss 3808/2021

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

Frau Jennifer Raab

gemäß §5 I Nr.7 AG-KJHG NRW und §4 III S.1 lit. h der Satzung des Jugendamtes als beratendes Pflichtmitglied für die Synagogengemeinde Köln in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand der Gemeinde bestellt wird.

Das bisherige Hauptmitglied Frau Alina-Toyah Schiller übernimmt künftig die Funktion des stellvertretenden beratenden Pflichtmitglieds.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss 3979/2021

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

Frau Ronja Zbik

gemäß §5 I Nr.9 AG-KJHG NRW als stellvertretend beratendes Pflichtmitglied für den Jugendamtselternbeirat (JAEB) in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand des JAEB bestellt wird.

Das bisherige stellvertretende Mitglied Frau Sonja Riedemann gibt ihre Funktion im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Frühere schriftliche Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

5.2 Neue Anträge

5.2.1 Kita Betrieb sicherstellen, Personal schützen. AN/2589/2021

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erläutert, dass insbesondere in körpernahen Bereichen das (Booster-) Impftempo beschleunigt werden müsse. Er erklärt, dass das oberste Ziel sei, Kitas und Schulen geöffnet zu halten.

Er beschreibt, dass in der Schule, in der er tätig sei, ein in der Nähe wohnender Hausarzt vorbeigekommen sei und als Kollegium an einem Nachmittag vollständig geimpft habe.

Er wirbt dafür, das in Köln genauso zu handhaben und erläutert, dass es rund 600 Ärzt*Innen gebe, welche auch Personen außerhalb ihrer Stammpatientenschaft impfen würden. Er beschreibt, dass es in der Nähe von jedem Arzt mindestens ein bis zwei Kitas gebe, und beantragt, analog zu dem oben beschriebenen Schulbeispiel vorzugehen. Er fragt, ob ein zentraler gezielter Aufruf durch Stadt Köln an die Ärzte realisierbar sei.

Frau Schöppen bedankt sich und unterstützt den Antrag. Sie lobt, dass dieses Angebot sehr niederschwellig sei und auch Beratungsmöglichkeiten beinhalte und regt an, auch Erst- und Zweitimpfungen mit aufzunehmen und das Angebot nicht nur auf Boosterimpfungen zu beschränken.

Frau Kessing bekräftigt, dass alle Initiativen, die die aktuelle Impfsituation verbessern und damit auch Kinder und Jugendliche schützen, unterstützenswert seien. Sie appelliert, die Maßnahmen der Verwaltung zu unterstützen. Das oberste Ziel sei, die Einrichtungen für Kinder und Jugendlichen offen zu halten. Die Verwaltung habe bereits sehr zügig konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet. Sie erachte es ebenfalls als schwierig, dass nicht auch Erst- und Zweitimpfungen in dem Antrag mit aufgeführt werden.

Sie schlägt vor, dass die Verwaltung die Aktion mit der Feuerwehr auch im Linksrheinischen starte oder mit dem Impfmobil in bestimmte Veedel oder Plätze fahre. Sie betont, dass die Verwaltung diesbezüglich Freiheit und Unterstützung benötige. Sie bedankt sich für die rechtzeitige Einbindung der politischen Parteien bei diesem Antrag und appelliert an die Antragsteller, die Verwaltung, die auf einem guten Weg sei, zu unterstützen und keine Einzelaufträge zu formulieren.

Frau Volland-Dörmann stellt klar, dass Konsens bestehe, dass alle Menschen geschützt werden und mahnt, nicht zwischen einzelnen Gruppen zu unterscheiden, damit es nicht zu einer Spaltung in der Gesellschaft komme. Sie nennt als Beispiel die Mitarbeiter des Ganztags in der Schule, welche während der gesamten Pandemie den Betrieb aufrechterhalten haben und nicht im Fokus stehen würden. Es müsse die komplette soziale Infrastruktur in der Stadt aufrechterhalten werden.

Sie präferiere das Wiederaufleben der Impfzentren oder die Einrichtung von dezentralen Impfzentren, aber das Land NRW habe die Verantwortung an die Kassenärztliche Vereinigung (KV) abgegeben, welche die Impfungen verantwortet. Sie bitte die Verwaltung gemeinsam mit der KV die Impfungen zu ermöglichen. In dem Zusammenhang sei die KV in den Fokus zu nehmen und nicht die Verwaltung. Sie regt an, nicht zwischen Erst-, Zweit- und Drittimpfung oder zwischen Kitas oder Jugendeinrichtungen zu unterscheiden. Es könne nur um einen Appell oder eine Resolution gehen, gemeinsam mit der KV die Impfungen zu ermöglichen.

Sie abschließend stellt klar, dass es für jeden Träger selbstverpflichtend sein solle, die Mitarbeiter zum Impfen zu motivieren.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stimmt zu, dass er die Punkte

- Zusammenarbeit mit der kassenärztlichen Vereinigung
- Ausweitung auf Erst-, Zweit- und Drittimpfung
- Ausweitung auf den gesamten Bereich der Jugendhilfe, und nicht nur die Kitas

gerne mit in dem Antrag aufgreife.

Herr Dr. Schlieben stimmt allen drei Vorrednern zu und begrüßt insbesondere den weitergehenden Ansatz von Frau Volland-Dörmann. Er regt an, dass alle diesen Vorschlag mittragen und erkundigt sich, ob diese Aufgabe in den Zuständigkeitsbereich des Krisenstabes falle.

Herr Beigeordneter Voigtsberger führt aus, dass sowohl die jeweiligen Amtsleitungen wie auch die Dezernenten Mitglied des Krisenstabes seien. Dieser komme regelmäßig freitags zusammen und behandle genau diese Fragestellungen. Zu dem Thema „Booster-Impfungen“ verweist er auf die Ausführungen von Frau Schäfer-Sikora und ergänzt, dass ab dem 06.12.2021 zusätzlich im Stadtgebiet Porz ein Impfangebot installiert werden solle. Er beschreibt, dass die Verwaltung seit Anbeginn der Pandemie den „Kölner Weg“ gegangen sei, was beispielsweise Testungen, Impfbote, Luftfiltergeräte angehe. Dabei habe der höchstmögliche Schutz aller Beteiligten und Kollegen jederzeit im Fokus gestanden. Er erklärt, dass die Jugendverwaltung die niedergelassenen Ärzte nicht beauftragen könne – dies sei Aufgabe der KV. Ebenso könne die Jugendverwaltung nicht die KV beauftragen. Ein Austausch finde aber im Rahmen der Impfkonzferenz statt.

Er unterstütze das Format des Appells und stellt klar, dass es bei den Impfungen nicht um Booster- sondern selbstverständlich auch um Erst- und Zweitimpfungen gehe.

Herr Kaven lobt die Initiative der Verwaltung vom Frühjahr dieses Jahres, in der auch die Mitarbeiter der Jugendverbände frühzeitig ihre Impfung erhalten hätten.

Er regt an, dass die Jugendverbände mit ihren selbst organisierten und ehrenamtlichen Mitarbeitern in diesen Antrag mit aufgenommen werden, um so leicht und niederschwellig Zugang zur Booster-Impfung zu erhalten.

Herr Gümüs weist darauf hin, dass es vorrangig darum gehe, Ärzte und Kitas zu koordinieren und er regt an, niedrigschwellig und zeitlich versetzt zu impfen, damit es bei eventuellen Nebenwirkungen nicht zu Kitaschließungen komme.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen resümiert, dass Einigkeit bestehe, dass bestimmte Bereiche wie beispielsweise ältere Menschen, Kinder und Jugendliche eine priorisierte Behandlung erfahren sollen.

Frau Schalla führt aus, dass sie die beantragten Ideen für kreativ und wirksam halte. Es gehe nicht darum, die Verwaltung zu kritisieren, sondern darum herauszustellen,

dass Menschen mit vulnerabler Tätigkeit sehr wichtig seien. Diese Menschen sollen das Signal erhalten, dass man sich um sie kümmere.

Sie wünsche eine klare Formulierung in dem Antrag, dass es das erklärte Ziel sei, unbürokratisch und in Kooperation der KV in den Kitas zu impfen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger antwortet an Frau Schalla gewendet, dass dies in der Impfkonzferenz besprochen werde. Im Rahmen der Krisenbewältigung werden Möglichkeiten geprüft, mit weiteren Mobilangeboten in die Kitas zu gehen, und dort dezentrale Angebote zu machen. Er befürworte den beschriebenen Appell, denn dieser würde die Verwaltung unterstützen, weitere kreative Maßnahmen zu planen. Die jeweilige Abstimmung finde in der Impfkonzferenz statt. Er sagt zu, den Jugendhilfeausschuss informiert zu halten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fasst zusammen, dass das gemeinsame Ziel bestehe, einen Lockdown im Bereich der Altenpflege sowie bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden. Hier werde jedoch explizit über den Kinder- und Jugendbereich gesprochen. Es gehe immerhin um rund 8.000 Mitarbeiter.

Er schlägt vor, den Antrag in eine Resolution an die Verwaltung umzuwandeln. Das Personal im Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses solle in Zusammenarbeit mit der KV niedrigschwellig und prioritär mit Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen versorgt werden.

Das müsse jedoch koordiniert werden. Er regt die Zusammenarbeit mit der KV an.

Frau Kessing bekräftigt, dass bezüglich des ersten Teils des Antrags Einigkeit über alle Fraktionen und Träger bestehe, und bittet darum, den zweiten Teil hinsichtlich der Hausärzte dem Krisenstab beziehungsweise der Verwaltung zu überlassen und sich nicht festzulegen. Sie lobt die Verwaltung, die gute Arbeit leiste.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen findet die Formulierung im Sinne einer gemeinschaftlichen Abstimmung zu schwach. Er schlägt vor, die Beauftragung der KV mit aufzunehmen.

Frau Kessing ist irritiert, dass die KV mit in den Antrag aufgenommen werden soll, da dadurch eine Hürde auferlegt werde, die derzeit gar nicht vorhanden sei. Sie bewertet die Diskussion als Scheindebatte, da alle das Gleiche wollen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erwidert, dass es um die Kreativität sowie um den Wunsch nach Niederschwelligkeit gehe. Die Hausärzte spielen eine wichtige Rolle. Er regt an, der Verwaltung mündlich den Auftrag zu geben, diesen Punkt mit in die Impfkommision zu nehmen und dort zu thematisieren. Die Resolution solle wie besprochen bestehen bleiben.

Herr Gümüs kann nicht nachvollziehen, warum die KV nicht mit einbezogen werden solle. Diesen Appell in Richtung Hausärzte und KV halte er für sehr wichtig.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen wünscht eine gemeinsame Findung.

Frau Schäfer-Sikora bietet an, dieses Anliegen mit in die Impfkonzferenz zu nehmen, weist aber darauf hin, dass es nicht zum ersten Mal dort thematisiert werde. Sie lobt ausdrücklich die diesbezügliche Unterstützung durch den Jugendhilfeausschuss.

Sie ergänzt, dass sich viele Erzieher*Innen bereits selbst auf den Weg gemacht und die Booster-Impfung erhalten haben und fügt hinzu, dass der Jugendhilfeausschuss nicht das Gremium sei, welches dafür sorgen müsse, dass sich Menschen impfen lassen.

Herr Kaven erinnert an die Jugendverbände und benennt als Beispiele die vielen Ehrenamtlichen, die weiterhin ihrer Tätigkeit nachgehen wollen, sich aber nicht selbst um einen Impftermin kümmern können.

Frau Schäfer-Sikora stellt klar, dass in der Impfkonzferenz über alle Bürger*Innen gesprochen werde, es werden nicht einzelne Personengruppen herausgehoben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bekräftigt, dass alle wünschen, dass das Impftempo voranschreite, weist aber auch darauf hin, dass sich nicht alle selbstständig um einen Impftermin kümmern, da es manchmal eine gewisse Bequemlichkeit gebe.

Es sehe es auch als ein gutes Signal an die Impfkonzferenz, dass der Jugendhilfeausschuss sich damit beschäftige.

Frau Kessing ist überzeugt, dass die Verwaltung die vulnerablen Gruppen im Visier habe. Sie weist darauf hin, dass derzeit Impfstoff vorhanden sei und bittet darum, die Scheindebatte einzustellen und den ersten Satz des Antrags umzuformulieren.

Herr Dr. Schlieben bekräftigt, dass diese Debatte aufgrund der Dauer eher pandemieförderlich sei und fasst zusammen, dass der erste Satz einfach ergänzt werden solle durch „kreative, niederschwellige“ Lösungen. Dafür gebe es eine klare Mehrheit. Die Debatte solle nun beendet werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fügt hinzu, dass es respektvoll sei, andere Meinungen zu hören und zu diskutieren. Er wünscht, zu einem Ergebnis zu kommen und schlägt vor, der Formulierung von Herrn Dr. Schlieben zu folgen und um Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen zu ergänzen.

Frau Schalla verwahrt sich gegen die Aussage, die Verwaltung zu kritisieren. Das sei nicht richtig. Sie bittet um Aufnahme in das Protokoll, dass eine Rückmeldung an den Jugendhilfeausschuss gegeben werde.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stimmt zu, dass die Bitte um zeitnahe Rückmeldung durch die Verwaltung mit aufgenommen werde und bedankt sich bei allen, insbesondere bei der Verwaltung für die Geduld in der Diskussion.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Stadtverwaltung, kreative Planungen und Vorbereitungen folgender Art anzustrengen und mit der Impfkonzferenz abzustimmen:

- Das Personal im Geschäftsbereich des JHA, insbesondere an allen Kitas der Stadt Köln, KölnKitas, Kirchen, in den Kitas von Vereinen, Verbänden und Initiativen wird mit niedrighschwelligem Angeboten für Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen versorgt.
- Die Verwaltung sagt eine zeitnahe Rückmeldung zu.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

Frühere schriftliche Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Testkapazitäten in Familienzentren ermöglichen, Boostern vorantreiben, Kinder, Jugendliche, Eltern und Personal schützen AN/2553/2021

Die Anfrage wird bis zum Vorliegen einer Beantwortung zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.1.1 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm/ Herbstferien-Schwimmkurse 4017/2021

Frau Kessing fragt, warum im Schwimmbad Ossendorf zwei Kurse nicht haben stattfinden können.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erklärt, die Beantwortung im Nachgang mitzuteilen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Heizung im Schwimmbad neu installiert worden sei und fragt, ob damit möglicherweise auch eine Betriebseinschränkung einhergehe.

Herr Lorenz regt an, falls angebotene Kurse nicht durch die Schulen angenommen werden sollten, diese den Trägern der freien Jugendhilfe anzubieten. Dort bestehe großes Interesse daran. Er weist darauf hin, dass möglichst viele Kinder schwimmen lernen sollten.

Herr Ozminski bedankt sich für die Mitteilung sowie dafür, dass das Sonder-schwimmprogramm aus den Sommerferien auf die Herbstferien übertragen wurde. Er erkundigt sich nach den Gründen, warum das Interesse an den Kursen nicht vorhanden gewesen sei. Des Weiteren möchte er wissen, wie der Kontakt zu den Schulen verlaufe und ob diesbezüglich Unterstützung benötigt werde. Er erkundigt sich nach der Kontinuität im Bereich der offenen Ganztagschule und fragt, warum in Porz keine Kurse in den Ferien angeboten wurden.

Zuletzt möchte er gern wissen, ob das Sonderschwimm-Programm grundsätzlich in den nächsten Jahren in den Ferien angeboten werden solle.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bietet an, aufgrund der vielen Fragen eine neue Mitteilung zu dieser Thematik zu erstellen.

Herr Rudolph bittet im Falle einer neuen Mitteilung um eine kurze Vorabinformation, ob und in welcher Form das Programm in künftigen Ferien angeboten werde.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schlägt im Hinblick auf die vielen Fragen vor, dies als neue Anfrage zu behandeln.

7.1.2 Sachstand Förderprogramm "Aufholen nach Corona" 4134/2021

Herr Kurbjeweit erkundigt sich, wann die Bescheide verschickt werden sollen.

Frau Schäfer-Sikora erläutert, dass es über 60 Anträge der Jugendhilfeträger gebe, welche sich derzeit in der Bearbeitung befinden und wohlwollend geprüft werden. Sie hoffe, dass die finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder unproblematisch verlaufe und gehe davon aus, dass die entsprechenden Bescheide noch im Dezember verschickt werden können.

7.1.3 Sicherheit für die Übermittagsbetreuung (ÜMB) im Sek I-Bereich im Haushaltsjahr 2021 0191/2021

Die Beantwortung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

7.2 Neue Anfragen

Die SPD-Fraktion beschreibt, dass die evangelische Kita im Bereich Lebensbaumweg in Heimersdorf aufgrund von Wasserschäden seit einiger Zeit geschlossen sei und vorübergehend in die Ortslage Chorweiler ausgelagert wurde. Für alle Beteiligten, insbesondere für die Kinder sei diese Situation sehr befremdlich und belastend.

Da die gutachterliche Analyse des Schadensereignisses seit Monaten auf sich warten lasse, sei von einem zeitnahen Start der Sanierungsarbeiten nicht auszugehen.

Die SPD-Fraktion stellt die Frage, ob die Verwaltung bereits in Erwägung gezogen habe oder prüfe, ob die Unterbringung der Kita in gewohntem Umfeld in den nun freien Räumlichkeiten der GGS-Lebensbaumweg zeitbegrenzt bis zur Fertigstellung der Sanierungsarbeiten möglich sei.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Kurzer Sachstandsbericht zur Maßnahmenumsetzung der aktuellen Spielplatzbedarfsplanung und Ausblick auf die Fortschreibung in 2022 3550/2021

Herr Gümüs bemerkt, dass das Thema „Barrierefreiheit“ nicht mit aufgeführt sei.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass es für die Bezirksvertretungen wichtig sei, den jeweiligen Zeithorizont zu erfahren und regt an, diesen Punkt noch mit aufzunehmen, um Nachfragen zu vermeiden.

Herr Pfeuffer bedankt sich für die beiden Anregungen und erklärt, dass mit der Dokumentation gezeigt werden solle, dass im Bereich der Spielplatzgestaltung eine Menge passiert sei. Er erläutert, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Priorisierung mit den Bezirksvertretungen ins Benehmen setzen müsse und stellt klar, dass das Thema Barrierefreiheit grundsätzlich eine Selbstverpflichtung darstelle. Zusätzlich weist er darauf hin, dass es demnächst einen neuen Rahmen-Planungsprozess geben werde.

Frau Kessing lobt die Übersicht, welche eine gute Leistungsschau darstelle. Sie fragt nach der Perspektive im Anschluss an das Jahr 2022 und möchte wissen, ob beziehungsweise wie Kinder und Jugendliche mit beteiligt werden.

Herr Pfeuffer erklärt, dass er die Hinweise gerne aufnehme. Er kündigt an, den Plan noch einmal vorzustellen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erläutert, dass in Vorbereitung des Programms „kinderfreundliche Kommune“ an einem Großgruppenbeteiligungsformat gearbeitet werde, mit professioneller Unterstützung beim „Veedels-Check“. In diesem Zusammenhang sollen auch weitere Erfahrungen zum Thema Partizipation gesammelt werden.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.3.1 Jahresbericht 2020 – Kölner Haus des Jugendrechts 3973/2021

Frau Böll bedankt sich für den Bericht und insbesondere für die Einzelfalldarstellung. Sie weist auf die zunehmende Besorgnis erregende Rückfallquote hin, und fragt nach Vorschlägen zu diesbezüglichen weiteren Maßnahmen. Sie interessiert, was der Lockdown mit den betreuten Jugendlichen gemacht habe.

Frau Quilling schließt sich Frau Böll an und hebt zudem die Wichtigkeit des Berichts hervor. Auch sie stellt die Rückfallquote als Besorgnis erregend dar. Sie erklärt, dass Transparenz gerade in diesen Pandemiezeiten wichtig sei, auch wenn die Zahlen erschreckend seien.

Sie hinterfragt die Bedeutung der Terminologien „Verfahrensdauer, Rückfallquote, Legalbewährung“ und bittet um Erläuterung.

Herr Reuther bietet im Hinblick auf die Komplexität eine schriftliche Beantwortung unter Einbezug der Kooperationspartner an. Er relativiert die hohe Rückfallquote von 50 Prozent. Es handele sich um 5 von 10 Entlassenen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen regt an, eine zusätzliche Mitteilung dazu im nächsten Ausschuss vorzustellen.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz liegen nicht vor.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Interkulturelle Zentren Köln - Übersichtskarte Stand: 1.09.2021 3381/2021

Herr Bürgermeister Dr. Heinen lobt die sehr gelungene Übersichtskarte.

8.5.2 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum 3853/2021

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

Einverstanden:

(Vorsitzender)

(Schriftführung)